

DEUTSCHLAND OHNE BEHÖRDENKONTAKT

In Deutschland werden Hunderttausende Untergetauchte vermutet

Von Marcel Leubecher | Veröffentlicht am 03.11.2017 | Lesedauer: 4 Minuten

Fachleute schätzen, dass die Zahl der hierzulande untergetauchten Ausländer ohne Behördenkontakt in den vergangenen Jahren gestiegen ist. Es könnten bis zu 520.000 Menschen sein – darunter viele abgelehnte Asylbewerber.

Gerade mal 226.000 Ausländer sind in Deutschland als ausreisepflichtig eingestuft – obwohl in den vergangenen drei Jahren 1,5 Millionen Schutzsuchende einreisten. Von diesen wurde nur jeder Zweite als schutzberechtigt anerkannt. Nicht einmal jeder Zehnte wurde abgeschoben oder reiste freiwillig aus. Die relativ geringe Zahl der Ausreisepflichtigen hat drei Gründe.

Erstens können sie einen legalen Aufenthaltstitel erhalten, wenn sie längere Zeit nicht abgeschoben werden. Zweitens klagen viele abgelehnte Asylbewerber gegen die Entscheidung – und werden bis zum Ende des Prozesses nicht als ausreisepflichtig geführt. Drittens tauchen abgelehnte Asylbewerber auch unter und verschwinden vom Radar der Behörden; wie viele Personen dieser Gruppe angehören, ist aber nicht eindeutig zu beziffern.

Einen Hinweis auf die dritte Gruppe bieten die Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Von den 515.000 Asylentscheidungen im laufenden Jahr bis Ende September endeten 90.000 mit „sonstigen Verfahrenserledigungen“; darunter fällt laut BAMF unter anderem auch die „Einstellung wegen Nichtbetreibens“. Diese erfolgt, wenn der Antragsteller nicht zur Anhörung kommt, nicht mehr auf Briefe reagiert und schließlich als unbekannt verzogen eingetragen wird.

Plötzlich vom Radar verschwunden

Dieses „Verschwinden“ fällt den Migranten nicht besonders schwer. Mit etwas Glück kann ein Asylbewerber einfach in ein Nachbarland Deutschlands weiterreisen. Ebenso verschwinden einige abgelehnte Asylbewerber vom Radar, indem sie in ihre Heimatländer zurückreisen – ohne sich bei den deutschen Behörden abzumelden. Auch das Untertauchen in der Bundesrepublik ist möglich, etwa wenn der abgelehnte Asylbewerber eine illegale Anstellung findet, um sich ein Zimmer bei Bekannten zu finanzieren.

Fachleute schätzen, dass die Zahl der untergetauchten Ausländer ohne Behördenkontakt in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Die Migrationsforscherin Dita Vogel von der Universität Bremen geht in ihrer jüngsten Schätzung aus dem Jahr 2014 davon aus, dass zwischen 180.000 und 520.000 „irregulär aufhältige“ Ausländer in Deutschland lebten.

Unter diesen „irregulär Aufhältigen“ oder „Illegalen“ sind auch Menschen, die unentdeckt einreisten und noch nie Spuren bei einer deutschen Behörde hinterlassen haben. Die anderen – die weitaus größere Gruppe – waren in irgendeiner Form gemeldet, tauchten aber irgendwann unter.

LESEN SIE AUCH

INTERAKTIVE KARTEN

In diesen Landkreisen leben die meisten Zuwanderer

Unter ihnen sind Touristen, Studenten oder Arbeiter, die einfach im Land blieben, nachdem das Visum abgelaufen war. Oder eben Migranten, die versuchten, unter Berufung auf das Asylsystem einzuwandern, und die sich aus Angst vor einer Abschiebung während des Verfahrens oder nach der Ablehnung ausklinkten, keine staatliche Unterstützung mehr bezogen und verschwanden.

Zu ihrer Schätzung kamen Vogel und ihre Forschungskollegen durch Berechnungen auf Grundlage der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Die Studie, die sie auch für das BAMF erstellte, wurde bisher nicht aktualisiert, weil durch die Verwaltungsprobleme der vergangenen Jahre wichtige Daten durcheinandergerieten. „Bisher gibt es noch keine neueren Berechnungen, aber Trendindikatoren sprechen für einen deutlichen Anstieg“,

sagte die Wissenschaftlerin vor einigen Monaten der WELT.

Sie könne nicht von der korrekten Zuordnung von Angaben in der PKS ausgehen, schrieb Vogel in einer Erklärung – das müsse sie aber, weil die PKS als einzige Statistik Daten zu „unerlaubtem Aufenthalt“ erfasst. Doch wie kommen die Forscher eigentlich zu ihren Schätzungen?

Nicht alle Ausreisepflichtigen beziehen Asylleistungen

Sie schließen – stark vereinfacht – von den Tatverdächtigen mit dem Aufenthaltsstatus „unerlaubt“ auf die Gesamtzahl aller unerlaubt in Deutschland Lebenden. Aufgrund empirisch begründeter Annahmen, warum die Illegalen in der Statistik im Verhältnis zur gemeldeten Bevölkerung unter- oder überrepräsentiert sind, ziehen sie ihre Ober- und Untergrenze (520.000 beziehungsweise 180.000).

Sie gehen etwa davon aus, dass illegal Aufhältige im Vergleich mit gemeldeten Ausländern seltener und im Vergleich mit Deutschen häufiger polizeilich erfasst werden. Weil es in der Gruppe der Illegalen sehr wenige alte Menschen gebe und sie durch ihr ausländisches Aussehen eher auffielen, wird es als wahrscheinlich angenommen, dass sie häufiger straffällig werden und in Polizeikontrollen geraten als der durchschnittliche deutsche Bürger.

Dass Illegale seltener in Konflikt mit dem Gesetz geraten als legal hier lebende Ausländer, wird damit begründet, dass ihnen bei einem Kontakt zur Polizei schwerere Folgen bis hin zur Abschiebung drohen.

LESEN SIE AUCH

AUSLÄNDERZENTRALREGISTER

30.000 abgetauchte Asylbewerber? Ministerium widerspricht

Am Donnerstag berichtete nun die „Bild“-Zeitung: Der Staat wisse nicht, wo 30.000 abgelehnte Asylbewerber abgeblieben seien. Zu diesem Ergebnis kommt, wer die Zahl der vollziehbar ausreisepflichtigen Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (23.617 zum 31. Dezember 2016) von der Zahl der vollziehbar

ausreisepflichtigen Ausländer (54.437) abzieht. Die Logik dahinter: Wer als vollziehbar Ausreisepflichtiger keine Leistungen bezieht, ist also entweder untergetaucht oder weitergereist, ohne sich abzumelden.

Problematisch an der Berechnung ist, dass gar nicht alle Ausreisepflichtigen Asylleistungen beziehen. Denn unter ihnen – und damit auch unter den vollziehbar Ausreisepflichtigen – gibt es auch solche Ausländer, die nie einen Asylantrag stellten. Etwa Personen, die mit einem Arbeits- oder Tourismusvisum einreisten und nach Ablauf der Frist einfach nicht mehr gingen.

Lesen Sie alles Wichtige rund um Politik – im täglichen Newsletter der WELT.

Nur noch ein Schritt:

Bitte klicken Sie den Bestätigungs-Link in der E-Mail, die wir soeben an ####eMail### geschickt haben.

© WeltN24 GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Ein Angebot von WELT und N24.

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/170281634>